

## AKTUELL

## BÄUME UND MENSCHEN

# Rettet den Wald!

Raymond Klein

**Der Zustand des Luxemburger Waldes ist schlecht. Das Umweltministerium setzt auf nachhaltigen Waldbau und klimafreundliches Verhalten der BürgerInnen.**

„Keine guten Nachrichten“ habe sie zu verkünden, „wie in vielen anderen Bereichen“, so die Umweltministerin Carole Dieschbourg anlässlich der Präsentation des Gesundheitszustandes des Waldes am vergangenen Donnerstag. Und erwähnte dann doch etwas Positives: Ihr Ministerium bekam bei der neuen Regierungsbildung die Zuständigkeit für die Forstwirtschaft zugeteilt, die bisher beim Ackerbauministerium lag. Ebenfalls positiv zu vermerken ist die Neueinstellung einer Forstingenieurin: Elisabeth Freymann, die den Bericht zur Situation des Waldes vorstellte.

Sie erläuterte detailliert die aufwändige Erfassung von Kronendichte und Laubverfärbung sowie die Ergebnisse für die verschiedenen Baumarten. So geht es den Buchen besonders schlecht, den Nadelbäumen dagegen relativ gut. Das liege zum Teil an der Altersstruktur, wie der Chef des Service des forêts Marc Wagner erläuterte: Durch die Stürme in den 1990er Jahren seien die alten Nadelbäume aus den Beständen verschwunden. Über die Jahre hinweg hat sich der Zustand des Waldes verschlechtert, trotz zeitweiliger Verbesserung. Aufgrund der fehlenden Erhebungen von 2001 bis 2005 und von 2010 bis 2013 - also in den Amtsperioden von Eugène Berger und Marco Schank - sind solche Aussagen allerdings mit Vorsicht zu genießen.

## Machtlos?

Die Naturverwaltung versuche, die Widerstandsfähigkeit der Wälder durch standortgerechte Baumarten und Naturverjüngung zu stärken, so Freymann. Auch die Vermeidung von großen Kahlschlägen und der Einsatz von Pferden statt Maschinen bei Waldarbeiten sei wichtig. Doch gegen die Hauptursachen könne man nichts machen. Jeder einzelne Bürger sei gefordert, und solle zum Beispiel Abfall vermeiden, mehr auf erneuerbare Energien setzen, klimafreundlich essen und öffentliche Verkehrsmittel benutzen.



FOTO: WALD FOREST UP - JASON PRATT CC-BY-2.0

Auf Nachfrage stellte Wagner klar, dass man nur zu einem kleinen Teil die Ursachen der Waldschäden präzise bestimmen könne - zum Beispiel wenn die Buchen, wie in diesem Jahr, von den Springgrüsselkäfern befallen werden. Ansonsten werde die Gesundheit der Bäume von vielen Faktoren beeinflusst: unsichtbarer Pilzbefall, falscher Standort, Klimawandel, ... Frank Wolter, Direktor der Naturverwaltung, stellte klar, dass man auf keinen Fall Pestizide gegen Krankheitsbefall einsetzen werde. Carole Dieschbourg betonte schließlich, das Ministerium könne nicht alles bewirken. Über einen nachhaltigen Waldbau hinaus müsse jeder einzelne dazu beitragen, Ursachen wie die Luftverschmutzung zu bekämpfen. Deshalb finde sie es richtig und wichtig, allgemeine Empfehlungen für ein umweltfreundliches Verhalten im Alltag zu geben.

Gewiss, solche Aufrufe an die persönliche Verantwortung sind nicht falsch und dienen auch der Sensibilisierung im Hinblick auf Maßnahmen wie die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, welche früher oder später fällig werden. Allerdings entsteht der Eindruck, dass die Politik den umweltpolitischen Ball einfach an die BürgerInnen und KonsumentInnen zurückspielt. Gerade im Bereich Klimapolitik müssen auf allen Ebenen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es der Gesellschaft und den Einzelnen überhaupt ermöglichen, ihren Ressourcenverbrauch massiv zu senken. Dieschbourgs Vorgänger sind allesamt bei der Durchsetzung solcher Rahmenbedingungen gescheitert, haben dafür aber sehr schöne Parolen zum Umdenken und zur persönlichen Verantwortung ausgegeben. Von einer grünen Regierungsbeteiligung darf man allerdings mehr erwarten.

## SHORT NEWS

## Médiatoure : Quelques avancées

(lc) - En dépit des turbulences sur des factures téléphoniques et sur la mauvaise atmosphère dans ses bureaux en général, la médiatoure Lydie Err a présentée cette semaine deux rapports : l'un sur « l'entrée du détenu en milieu carcéral et la santé en milieu carcéral » et l'autre sur le centre de rétention (CDR) - le tout premier rapport sur cette institution. Le premier rapport est en fait un suivi d'un premier rapport, rendu à l'époque par l'ancien médiateur Marc Fischbach. Lydie Err a pu constater des améliorations en ce qui concerne la distribution des détenus, qui sont désormais regroupés selon leur âge et la gravité de leur crime, l'équivalence des soins médicaux, ce qui inclut la possibilité d'une suspension de peine en cas de maladie grave, le transfert des femmes enceintes dans des structures extérieures, une fiche médicale standardisée à la sortie de la prison et la suppression d'un traitement forcé. Restent pourtant des bémols de taille : le droit à l'avocat lors d'un premier interrogatoire n'est toujours pas donné, ce que le rapport précédent avait déjà critiqué. D'ailleurs, les cellules n'offrent pas assez d'intimité et la formation continue du personnel en matière de droits de l'Homme n'a toujours pas été attaquée. Pourtant, Err a laissé, en général, une évaluation positive, aussi parce que la continuité du traitement pour toxicomanes est assurée, même à la sortie. Alors que, point de vue drogues, il reste du pain sur la planche : les mineurs et les personnes en détention provisoire sont toujours exclus du programme « Tox », ce qui a pour conséquence un trafic de médicaments à Schrassig. En ce qui concerne le CDR - que la médiatoure a qualifiée comme étant « en grande partie comme une prison », l'équipe de la médiatoure a constaté que d'un côté les infrastructures extérieures étaient bonnes, mais que de l'autre les cellules étaient trop petites, ce qui était un des points de critique lors de la construction du CDR. De surcroît, celles-ci restent fermées la nuit - ce qui peut traumatiser des personnes claustrophobes, qui en plus - faut-il le rappeler - ne sont pas des criminels. Finalement, Err a aussi pointé l'incompatibilité entre la pratique des enfermements à répétition de certaines personnes, inexpulsables selon le droit commun.

## Aus Karl-Heinz wird wieder Charles-Henri

(da) - 17.124 Personen sind davon betroffen: Deutsche Vornamen, zwischen 1940 und 1945 von Nazibesatzern aufgezwungen und in den Geburtsurkunden der Betroffenen festgehalten. War es jahrelang die Regel, dass Personen, deren Vorname auf solche Weise „eingedeutscht“ wurde, die französische Version ihres Namens als „prénom usuel“ in ihre offiziellen Dokumente eintragen lassen konnten, so ist damit seit dem Gesetz vom 19. Juni 2013 über das nationale Personenregister Schluss. Das Gesetz sieht vor, dass sogenannte „Gebrauchsnamen“ auf offiziellen Dokumenten nicht mehr berücksichtigt werden. Konsequenz davon ist, dass, zum Entsetzen der betroffenen Personen, auf neu ausgestellten Dokumenten wieder die „eingedeutschten“ Vornamen aus der Besatzungszeit vorzufinden sind. Innenminister Dan Kersch und Justizminister Felix Braz, die verstehen können, dass die ganze Sache „in den Köpfen der Menschen für Unmut und Wut sorgt“, haben dann auch umgehend eine praktische Lösung ausgearbeitet: In einem Schreiben wenden sich die Ministerien an alle Betroffenen, die durch Zurücksenden eines Vordrucks und einer Kopie ihres Personalausweises ihren Vornamen wieder „französisieren“ lassen können. Auf die Frage, warum denn keine „Luxemburgisierung“ der Vornamen vorgesehen sei, haben die beiden Minister derweil keine Antwort.